

# Stenographischer Bericht

## 58. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XII. Gesetzgebungsperiode – 19. Oktober 1995

### Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Landesrat Ing. Ressel.

Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahlen 1354/2 und 1355/1,

1. über den Antrag, Einl.-Zahl 1354/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dr. Cortolezis, Frieß, Glössl, Dr. Grabensberger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Hasiba, Dipl.-Ing. Dr. Hofmann-Wellenhof, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kaufmann, Ing. Kinsky, Kowald, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Straßberger, Tasch und Zach, betreffend die Auflösung des Landtages gemäß § 10 Abs. 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 und

2. über den Antrag, Einl.-Zahl 1355/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dr. Ebner, Köhldorfer, Ing. Peinhaupt, Mag. Rader, Schinnerl und Weilharter, betreffend die vorzeitige Auflösung des Landtages gemäß § 10 Abs. 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 und Zusammenlegung der Wahl in den Landtag mit der Nationalratswahl.

Berichterstatter: Abg. Dr. Cortolezis (3987).

Redner: Abg. Schützenhöfer (3987), Abg. Dipl.-Ing. Vesko (3989), Abg. Trampusch (3990).

Beschlußfassung (3992).

Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr.

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Hohes Haus!

Heute findet die 58. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist der Herr Landesrat Ressel.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 27 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages über und komme zum

**Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahlen 1354/2 und 1355/2, erstens über den Antrag, Einl.-Zahl 1354/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dr. Cortolezis, Frieß, Glössl, Dr. Grabensberger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Hasiba, Dipl.-Ing. Dr. Hofmann-Wellenhof, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kaufmann, Ing. Kinsky, Kowald, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Straßberger, Tasch und Zach, betreffend die Auflösung des Landtages gemäß Paragraph 10 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 und zweitens über den Antrag, Einl.-Zahl 1355/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko,**

**Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dr. Ebner, Köhldorfer, Ing. Peinhaupt, Mag. Rader, Schinnerl und Weilharter, betreffend die vorzeitige Auflösung des Landtages gemäß Paragraph 10 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 und Zusammenlegung der Wahl in den Landtag mit der Nationalratswahl.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Candidus Cortolezis. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Cortolezis (10.08 Uhr):** Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat am 17. Oktober 1995 über die Anträge, einerseits der ÖVP-Abgeordneten, andererseits der FPÖ-Abgeordneten, beraten. Beide Anträge waren inhaltlich gleich, so daß der Verfassungs-Ausschuß folgenden Antrag als Ergebnis seiner Beratungen formuliert hat. Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Steiermärkische Landtag beschließt gemäß Paragraph 10 Absatz 2 Landes-Verfassungsgesetz 1960 seine Auflösung. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert zu beschließen, die Wahl in den Landtag gemeinsam mit der Nationalratswahl durchzuführen. (10.09 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke dem Berichterstatter und erteile dem Herrn Abgeordneten Schützenhöfer das Wort.

**Abg. Schützenhöfer (10.09 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist ein Faktum, daß Österreich am 17. Dezember einen Nationalrat wählt, und es ist bei aller Eigenständigkeit, auf die wir pochen und auf die uns niemand aufmerksam machen muß und die uns auszeichnet, eine Frage der Vernunft, die in wenigen Monaten fällige Landtagswahl gleichzeitig mit der Nationalratswahl anzusetzen, um dann hoffentlich gemeinsam neu durchzustarten und anzupacken. Was nützt es dem Land, das ist die Frage, von der wir auszugehen haben. Und ich denke, daß ein gemeinsamer Wahltermin am 17. Dezember eigentlich beachtlichen Nutzen bringt. Ich möchte drei Punkte nennen.

Erstens: Wir gewinnen ein Arbeitsjahr und ersparen unserem Land ein Jahr Dauerwahlkampf mit allen negativen Begleiterscheinungen.

Zweitens: Ein separater Wahlgang verursacht mindestens 30 Millionen zusätzliche Kosten, die der Steuerzahler zu berappen hat. Wir sparen sie durch eine Zusammenlegung zur Gänze.

Drittens, meine Damen und Herren: Es wird im Bund lediglich ein Budgetprovisorium geben, das selbstverständlich auch Rückwirkungen auf den Landeshaushalt hat, der ja verhandelt wird, und wir werden sehen, wie das Ergebnis aussieht. Auf Bundesebene ist jedenfalls kein Ansatz für eine Budgetkonsolidierung erkennbar, weil man verabsäumt hat, strukturelle, längerfristig wirksame Maßnahmen zu

setzen. Das aber, und das muß uns doch endlich klar werden, ist dringend notwendig. Immer mehr Steuern ist der falsche Weg, immer mehr Schulden machen gefährdet unseren Schilling und gefährdet wie nichts sonst unseren Sozialstaat. Nur eine gesunde Wirtschaft sichert Arbeitsplätze, nur ein gesunder Haushalt sichert die Pensionen – alles andere sind Märchen. Der Schuldenberg – und der ist ziemlich angewachsen, wir haben 1700 Milliarden Staatsschulden, wir zahlen 130 Milliarden jährlich Schulden zurück, davon 75 Milliarden Zinsen der Schulden, das erdrückt uns und vor allem die nachfolgenden Generationen – wird uns am Ende die Arbeitsplätze und die Sicherheit der Pensionen, von denen so oft die Rede ist, rauben.

Meine Damen und Herren! Wer heute noch unter dem Motto „Ums Geld der anderen ist mir nichts zu teuer“ Politik macht und alle Lasten auf unsere Kinder und Enkelkinder abschieben will, verbaut der Jugend die Zukunft, und er gefährdet mit einer solchen Politik die soziale Sicherheit im Lande, die, und das braucht mir überhaupt niemand sagen, auch in diesem Saale nicht, ein hohes Gut ist, das es zu wahren gilt. Wir sind für eine Politik des Schuldenmachens auf Kosten der nächsten, die sich nicht wehren können, im Sinne eines einseitigen Generationenvertrages nicht zu haben, und insofern stehen wir hier und anderswo tatsächlich am Scheideweg. Wir wollen den schwedischen Weg verhindern, denn dort hat es im Musterland der Sozialdemokratie einen massiven Sozialabbau gegeben, weil das Sozialgefüge in Wahrheit zusammengebrochen ist. So weit sind wir nicht, aber es ist fünf vor Zwölf. Wir müssen sparen, und wir müssen notfalls eisen sparen, damit wir nicht belasten müssen.

Das, meine Damen und Herren, ist der Unterschied. Wir wollen sparen. Die Sozialisten wollen belasten mit ihren Vorschlägen in der letzten Runde des Budgets. Bevor es gescheitert ist, hätten sie den Arbeitnehmern und der Wirtschaft sechs Prozent ihres Einkommens monatlich genommen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir in der Steiermark Bilanz über die zu Ende gehende Legislaturperiode ziehen, dann sollten wir gerecht bleiben. Es ist nicht so, daß nichts weitergegangen wäre, ganz im Gegenteil. Durch die integrative Kraft des Landeshauptmannes haben wir 45.000 Arbeitsplätze mehr. Wir sind das Umweltland Nummer eins in der Republik, wir haben ein prächtiges Thermenland geschaffen, Graz ist die Automobilhauptstadt Österreichs geworden, und gerade wird das Konzept Österreich-Ring neu verwirklicht. Ja, es ist etwas weitergegangen, und darauf können wir ein bißchen stolz sein. Aber, meine Damen und Herren, es muß mehr gehen, und es muß schneller gehen, und es muß ohne Neid und ohne Polemik gehen. Und darum geht es. Ich bin überzeugt, daß wir auch auf dem Weg dorthin sind, daß es besser geht, daß mehr geht und daß es schneller geht, weil die Verhinderer und Blockierer an diesem 17. Dezember hoffentlich auch in der Steiermark abgewählt werden.

Ich möchte heute am Ende dieser Periode in diesem Saale niemandem persönlich nahetreten, denn der, der das steirische Klima der konstruktiven Zusammenarbeit einst vollmundig aufgekündigt hat, weiß ohnehin, wieviel es für ihn geschlagen hat, sonst würde er

sich nicht ununterbrochen vor dem Wählervotum fürchten. Milliarden ankündigen, aber keine nach Hause bringen! Blockieren, aber selber keine Ideen haben! Verhindern, weil es Spaß macht! Meine Damen und Herren! Aus diesem Holz sind Landeshauptleute nicht geschnitzt. Wir gehen selbstbewußt und ohne jeden Übermut in diese Landtagswahl. Unser Landeshauptmann steht mit ganzer Kraft und ganzem Herzen für dieses Land und seine Menschen ein, und das können offenbar manche nicht verwinden. Josef Krainer ist und bleibt ein Mann der Zusammenarbeit, des Ausgleichs und der Versöhnung über alle Parteigrenzen hinweg. Ein Mann, auf den dieses Land und seine Bevölkerung stolz sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Das tut weh. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Grabner, du wirst nicht mehr dasitzen!“) Meine Damen und Herren! Was an uns liegt, werden wir tun, damit in der neuen Periode das Vertrauen und die Zusammenarbeit im Landtag und in der Regierung gestärkt werden können. Aber jetzt sind die Wähler am Wort. Gennaro, fürchtest du dich, daß du nicht mehr dabei bist? (Abg. Gennaro: „Kollege! Soviel Zeit muß sein!“) Kollege, ja. Ich weiß nicht, ob die Genossen noch wissen, wo es den Kollegen drückt, wo der Schuh den Kollegen drückt, denn die Genossen sind von den Kollegen ziemlich weit weg. Du weinst über den Zustand der SPÖ, das kann ich dir nicht übelnehmen.

Jetzt sind die Wähler am Wort. Sie werden die Richtung angeben, indem sie die einen stärken und die anderen schwächen, keiner wird allein bestimmen können. Wenn diese paar Wochen Wahlwerbung genützt werden, um einen Wettstreit um die besseren Ideen für dieses Land zu führen, und nicht, um gegenseitig über sich herzufallen, dann steht am Ende dieser Periode der Beginn für eine neue, unserer Steiermark dienlichen Zusammenarbeit. Wir sind dazu bereit, und wir rufen auch dazu auf.

Meine Damen und Herren, zum Schluß, damit kein Irrtum entsteht, darf ich Ihnen sagen, wir haben keine Angst vor Wahlen. Ich weiß nicht, ob das für alle im Hause vertretenen Parteien gilt. Von einer habe ich den Eindruck, sie steht im Schmollwinkler und hat schon gewählt – die freiwillige Selbstisolation. Warum eigentlich? Vor gut einer Woche war aus dem Munde des Lächelnden, links hinter mir, aus seinem Büro des 1. Stocks in der Burg, zu hören, daß Sie gemeinsam mit dem Bund wählen wollen, und das war dann auch über den Weg des Klubobmanns zu lesen. Dann haben wir die Gespräche aufgenommen und bekundet, okay, wir tun mit. Aber dann ist offensichtlich der SPÖ der Mut in die Hose gerutscht. Und wissen Sie, Sie können in diesen Wochen, die vor uns liegen, uns alles anhängen, nur eines nicht, daß es sich um eine Verschwörung zwischen schwarz und blau oder sonst welchen Farben handelt.

Sie sind in die Medien gegangen und haben gesagt, wir wählen, und Sie waren überrascht, daß wir gesagt haben, okay, wir tun mit. Wir hätten das im Juli schon gemacht. Und dann kam aus der Burg, 1. Stock, die Eilmeldung, um Gottes willen, die wollen wirklich wählen, ich traue mich nicht. Also, wir haben es mit Traumichnicht zu tun. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Märchenstunde!“) Für Sie wird es nicht lustig werden, das glaube ich schon. Für Sie wird es nicht lustig werden. Übrigens, Herr

Professor, das ist ja schön, daß Sie mich unterbrechen, ich warte schon darauf. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das glaube ich, es ist Ihnen der Stoff ausgegangen!“) Nein, ich muß Ihnen sagen, Sie sind mein genialer Mitarbeiter. Ich hoffe, daß ich Sie in der nächsten Periode noch habe. Ich fürchte aber – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie haben gesagt, ich komme weg!“) Schauen Sie, machen wir es so. Persönlich hoffe ich, daß Sie uns nicht abhanden kommen, denn ich glaube, Ihre SPÖ ist soweit, soviel können Sie gar nicht verlieren, daß nicht alles beim alten bleibt. Aber andererseits stehe ich auch nicht an, Ihnen für den nächsten Beruf alles Gute zu wünschen. Also, wir werden sehen, ob wir uns sehen oder nicht. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe einen, im Gegensatz zu anderen!“) Ja, Sie haben einen, und das ist in Ordnung, und Sie haben sehr viel verdient dabei, und Sie waren immer auf der Butterseite des Lebens. Darum, wissen Sie, können Sie mit mir über alles reden, nur nicht über den Sozialstaat, denn Sie haben keine Ahnung, wie es diesen Leuten wirklich geht, um die es geht. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe mir das sehr genau angehört, was Sie gestern gesagt haben. Den Mindestlohn haben wir 1984 gefordert, da haben Sie noch gar nicht gewußt, was das ist. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wo ist er denn?“) Wissen Sie, wo ist er denn? 1989 hat ihn der Verzetnitsch noch abgelehnt. Jetzt haben wir ihn durchgesetzt, und jetzt kommen Sie, daß es diesen Mindestlohn noch immer nicht gibt. In der Vorwoche hat es in der Arbeiterkammer eine Debatte gegeben. Da hat Ihre Mehrheitsfraktion dagegengestimmt. Man hat zur Zuweisung an den Vorstand gestimmt. Man konnte sich nicht entschließen, einen Generalkollektivvertrag zu fordern, damit es diesen Mindestlohn für jene 300.000, die ihn noch immer nicht haben, gibt.

Und das gleiche ist ja mit der Solidarabgabe. Sie wollen 5 Prozent und damit eine kalte Steuererhöhung, die wir der Wirtschaft, die wir den Arbeitnehmern nicht zumuten. Ich habe 1993 gesagt, machen wir 1½ Prozent für die Besserverdienenden. Damals haben Sie es abgelehnt. Jetzt tun Sie es im Wahlkampf. Wissen Sie, was Sie sind? Unglaublich in den Sozialfragen. (Beifall bei der ÖVP. – Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist ein Stil!“) Das ist ein Stil. Den Stil – (Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist ein Stil!“) Ja, schauen Sie, ist in Ordnung, Herr Landesrat Strenitz, das wird im Protokoll vermerkt werden, einer Ihrer letzten Zwischenrufe. Ist in Ordnung. Was heißt Stil? Sie können mir von Stil überhaupt nichts sagen. In bezug auf den Sozialstaat lasse ich mir von den Linken in diesem Hause nichts sagen, denn es ist kein Verdienst, aus kleinen Verhältnissen zu kommen, wie es kein Verdienst ist, aus anderen Verhältnissen zu kommen. Nur, wie das ist, wenn man den Schilling dreimal umdrehen muß, bevor man ihn einmal ausgibt, das weiß ich. Und es geht mir heute verdammt gut, aber ich weiß das. Ich weiß, wie das mit dem Sozialstaat ist, und es ist nicht gut, wie die Debatte in der Öffentlichkeit geführt wird. Aber wenn Sie glauben, uns irgendeinen Klau-umhängen zu können, dann sind Sie an der falschen Adresse. Denn wer den Sozialstaat retten will,

muß ihn in manchen Bereichen in Frage stellen. Denn der Sozialstaat soll das sein, was Josef Krainer, der Vater, uns Jungen immer gesagt hat: „Hilfe für den kleinen Mann.“ Das ist er heute nicht. Er ist zu einem Teil ein Selbstbedienungsladen für jene, die es sich richten können. Den müssen wir schließen, damit die Kleinen wieder Hilfe haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Das muß ich Ihnen in aller Form sagen, denn auch ich war eine Zeitlang, wie viele aus der Gewerkschaftsbewegung, geblendet – Stichwort: Verstaatlichte. Da habe ich auch lange geglaubt, es geht. Es geht nicht! Wir haben im siebziger Jahr 35.000 Beschäftigte in der Verstaatlichten gehabt, heute sind es nicht 10.000, trotzdem 100 Milliarden in die Verstaatlichte hineingegeben, in den letzten 25 Jahren. Bestemmhaltung, nicht bereit sein, Strukturen zu ändern, führt am Ende zu Massenarbeitslosigkeit und Staatsverschuldung. Und zu zahlen haben es die Kleinen. Das wissen Sie seit der Verstaatlichten, das wissen Sie seit dem Konsum. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis, und tun Sie etwas für die Arbeitnehmer dieses Landes. (Beifall bei der ÖVP.)

Daher gehen wir sehr offensiv hinein in die nächsten acht Wochen und nehmen es da mit jedem Sprücheklopfer auf, auch mit denen, die das alles von der professoralen, wenn auch von der außerordentlich-professoralen Seite betrachten wollen; nehmen wir gerne auf in außerordentlichen Zeiten wie diesen, wenn das gewünscht wird.

Und noch einmal sage ich es Ihnen von hier aus. Man soll sich vor den Wählern nicht fürchten, denn zu Tode gefürchtet ist auch gestorben, und wer wagt gewinnt. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 10.26 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (10.26 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben am vergangenen Dienstag in einem Antrag die Zusammenlegung der Nationalratswahlen mit den Wahlen in den steirischen Landtag beantragt, und dazu haben uns mehrere Gründe bewogen. Gründe, die ich glaube hier erläutern zu müssen, weil uns diese Dinge bewegen, weil uns die Umstände, in denen wir uns derzeit befinden, bedrücken. Wir haben primär vorgeschlagen, diese Wahlen mit der Nationalratswahl zusammenzulegen, weil wir dem Bürger unseres Landes ersparen wollen, womöglich im Frühjahr noch einmal wählen gehen zu müssen. Wir haben es getan, weil wir der Meinung sind, daß damit nicht unbedeutende Kosten eingespart werden können und weil vor allen Dingen eines passieren muß, soll und muß. Es muß in dieses Haus wieder der Geist einer politischen Gemeinschaft für die Arbeit zum Wohle unseres Landes und zum Wohle unserer Bürger einkehren, und dieser Geist ist in den letzten Monaten spürbar verlorengegangen. Wenn ich mir die ersten so unvorbereiteten Wahlaktivitäten im Hinblick auf die große Wahlentscheidung der Sozialdemokraten anschau, dann bestärkt mich das darin, daß wir den richtigen Schritt gegangen sind. Wir haben aber noch zwei Punkte zu berücksichtigen, die von wesentlicher Bedeutung sind. Wir werden in den kommenden

Wochen oder wir hätten in den kommenden Wochen ein Budget zu verhandeln (Abg. Dr. Flecker: „Wir haben!“), wir haben vielleicht sogar, das ein sehr schwieriges für dieses Land ist. Es gibt eine Netto-neuverschuldung, die bei weitem nur den gelegten Maßstäben, die wir brauchen, um eine Konsolidierung des Landeshaushaltes zu erreichen, dienen, auf der einen Seite, allerdings nunmehr verbrämt mit dem Umstand, daß wir uns jetzt nicht mehr über die Sanierung des Landeshaushaltes unterhalten, sondern über die Einhaltung von Konvergenzkriterien, und diese sind wesentlich lockerer. Wenn man sich die Latte ein bißchen weiter herunterlegen kann, dann ist es auch leichter, darüberzukommen. Für uns liegt die Latte dort, wo wir sie 1991 hingelegt haben, und sie liegt dort, wo sie seit vielen, vielen Jahren, in denen die Freiheitlichen hier in diesem Lande und in diesem Hause vertreten waren, gelegt wurde durch Präsident Rader und viele davor. Wir können es uns nicht leisten, meine Damen und Herren, die Entscheidungen für dieses Land so locker auf die Schulter zu nehmen und zu vergessen, daß wir, und Kollege Schützenhöfer hat das sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, eine Hypothek für die, die nach uns kommen, hinterlassen, die sie nicht mehr bewältigen können.

Die Arbeitsverhältnisse in diesem Lande haben sich verschlechtert. Von der vielzitierten Gemeinsamkeit in der Bewältigung der Probleme ist wenig übriggeblieben. Wir lesen es immer wieder in den Zeitungen, und wir hören es vom Bürger, es geht nichts weiter. Ich bin nicht der Meinung, daß nichts weitergeht. Aber es gibt einige Kräfte in diesem Lande, die einfach nicht bereit sind, die Zeichen der Zeit zu erkennen und sich diesen Zeichen der Zeit zu stellen und die Probleme, die wir haben, mitlösen zu wollen. Der Bürger wird entscheiden, der Bürger ist die Majestät, die schlußendlich beurteilt oder beurteilen wird oder die Karten heben wird, von sechs bis null, um zu entscheiden, wie gut und wie ehrlich und wie konsequent die Politik der vergangenen Jahre war. Ich habe so schön gelesen heute in einem Flugblatt „Vorwärts Steiermark SPÖ“. Ich möchte das ein bißchen verifizieren: dem Stil der vergangenen Monate, man möchte fast schon sagen der vergangenen Jahre angepaßt: „Vorwärts SPÖ, wir müssen zurück. Bei jeder Entscheidung waren wir vorne mit dabei, und dann, wie es soweit war, waren wir plötzlich nicht mehr da, wir sind wieder verlorengegangen.“ In diesem Sinne „vorwärts“. Ich habe heute in der Zeitung gelesen „Blindflug Landtagswahl 1995“. Ich fordere Sie auf, öffnen Sie die Augen. Schauen Sie nach, was zu tun ist, gehen Sie in sich, versuchen Sie endlich, aus Ihrer Isolation wieder herauszufinden. Wir sind dazu bereit. Die Äquidistanz, die die Freiheitlichen in diesen vier Jahren in diesem Landtag gehabt hat - (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du, fange nicht selber zu lachen an. Das wäre mir unangenehm!“) mir ist nicht zum Lachen -, diese Äquidistanz, die es in diesem Land gegeben hat, zeigt für uns einen Weg auf, den wir weiter fortsetzen wollen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist eine Drohung!“) Wir wollen in diesem Lande von uns aus Dinge bewegen. Wer immer bereit ist, in dem einen oder anderen Fall, diesen Weg mitgehen zu wollen,

werden wir das gerne zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir werden aber eines nicht tun, und das möchte ich hier deponieren, und das werden wir im kommenden Jahr, wenn der Landtag neu zusammentritt, klar zum Ausdruck bringen, wir sind und wir werden nie der Blinddarm, der Wurmfortsatz irgendeiner in diesem Hause etablierten Partei sein. Wir werden unseren eigenständigen Weg fortsetzen, wie wir es bisher getan haben und mit Erfolg getan haben, meine Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Eines kann ich Ihnen auch sagen: Wir haben vor Neuwahlen nie Angst gehabt, wir haben sie auch diesmal nicht. Wir werden verstärkt in diesen Landtag hier einziehen, und wir werden diese verstärkte Position dazu nutzen, die Streitereien, die sich eingebürgert haben, mit aller Kraft zu verhindern und zurückzuschieben zum Wohle der Bürger dieses Landes, das diese Gemeinsamkeit bitter nötig hat. (Beifall bei der FPÖ. - 10.35 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile jetzt dem Herrn Abgeordneten Klubobmann Trampusch das Wort.

**Abg. Trampusch (10.35 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

„Wir sind vor vier Jahren angetreten, um einiges in diesem Lande zu verändern, und wir sind mit dieser Arbeit noch nicht fertig. Wir haben derzeit 21 Gesetzesvorlagen, Anträge in Parteienverhandlungen, die wesentlich sind für unser Land, und jeder, der seine Verpflichtung diesem Haus und der steirischen Bevölkerung gegenüber ernst nimmt, wird uns darin unterstützen. Davon bin ich überzeugt. Da brauchen wir keine Neuwahlen.“ Dieser Satz könnte von mir sein, er stammt aber aus der Landtagsrede des Kollegen German Vesko vom 10. Juli dieses Jahres. Heute ist anderes zu hören. So schnell ändern sich fundamentale Grundsätze und Paradigmen, wenn es um Taktik oder wenn es um eine künftige blauschwarze Koalition auf Bundes- oder Landesebene geht. Da werden Grundsätze sehr schnell über Bord geworfen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das glaubst du selber nicht!“) Nachzulesen im Sitzungsprotokoll des Landtages vom 10. Juli dieses Jahres. Es steht alles so drinnen, wie ich es zitiert habe. (Beifall bei der SPÖ.)

Weil wir von der Glaubwürdigkeit reden: Die SPÖ hatte damals und wird auch heute die gleichen Grundsätze haben, nämlich für die Bevölkerung unseres Landes arbeiten, und nicht aus taktischen Gründen vorzeitige Neuwahlen provozieren. (Abg. Dr. Lopatka: „Sind Sie falsch zitiert worden, daß Sie für die Vorverlegung waren?“ - Abg. Schützenhöfer: „Reinhard, zitiert wurde er, aber nicht falsch!“)

Liebe Kollegen! Das läßt sich rasch klären. (Abg. Dr. Lopatka: „Ja, bitte!“) Wie groß muß das Unbehagen der steirischen ÖVP wohl sein, wenn der Kollege Schützenhöfer heute hier sehr stilvoll gesagt hat, der SPÖ sei etwas in die Hose gerutscht, und der SPÖ-Klubobmann selbst hätte sich ja für Wahlzusammenlegungen ausgesprochen. Ich sage hier noch einmal genau das gleiche, was ich auch bei einer Pressekonferenz gesagt habe, wo ich für den Kollegen Vesko eingesprungen bin, weil er damals nach London

mußte, ich habe wörtlich gesagt, und ich wiederhole, damit Sie wissen, was wirklich gesagt wurde, Herr Kollege Lopatka, ich habe gesagt, wenn man bedenkt, daß bei der letzten Nationalratswahl in der Steiermark die SPÖ fast 10 Prozent vor der ÖVP gelegen hat, ich sage dazu, in Wirklichkeit waren es nur 9,4 Prozent, dann wäre es verlockend, aber der steirische SPÖ-Klub hat sich beim Auflösungsantrag am 10. Juli festgelegt, und wir bleiben dabei. Wir wollen arbeiten, und nicht vorzeitig Wahlen führen, die nur eine Flucht aus der gemeinsamen Verantwortung sind. Das habe ich gesagt, und dabei bleibe ich. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wer jetzt daraus ableitet, er ist umgefallen, weil er nicht warten wollte, bis Trampusch umfällt, der muß selbst entscheiden, ob er das nicht aus Verlegenheit und aus Begründung deshalb sagt, weil ihm andere Begründungen anscheinend nicht mehr einfallen. Ich glaube, das ist geklärt. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir wissen es, und Sie alle hier im Saal wissen es so wie ich, und Sie hören es täglich draußen, die Menschen haben eine andere Meinung, wenn es darum geht, ob wir jetzt dringend diese zusammgelegten und vorzeitigen Wahlen brauchen, denn die Menschen begreifen, daß ein vorzeitiger Wahlkampf und eine vorzeitige Wahl keine Probleme löst und daß nur neue Probleme hinzukommen können. Weder das Bundes- noch das Landesbudget werden dadurch besser. Dringend notwendige Entscheidungen werden auf die lange Bank geschoben. Die Menschen wollen in unserem Land Stabilität, und keine Abenteuer, sie wollen keine Gefährdung der sozialen Ausgewogenheit, keine Gefährdung der Arbeitsplätze und der wohlverdienten Pensionen. Sie wollen in Wirklichkeit daher keine blauschwarze Koalition, das wird sich ja herausstellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Nur, die steirische ÖVP weiß ganz genau, und das ist der tatsächliche Beweggrund, daß es sehr rasch nach dem 17. Dezember, wenn es zu einer blauschwarzen Koalition kommen sollte, einen Pendelschlag geben wird, weil die Menschen dann begreifen, was hier in diesem Lande an Unsicherheit wirklich entstanden ist. Und sie fürchten sich, nach dem 17. Dezember dann Landtagswahlen durchzuführen. Das ist der wahre Grund.

Anders ist ja dieser plötzliche Verzicht der ÖVP auf ihre so oft zitierte und strapazierte „steirische Eigenständigkeit und Identität“ nicht zu erklären, meine Damen und Herren. Ich habe als einer der wenigen Überlebenden hier im Hohen Haus – ich meine es jetzt nicht politisch – noch im Ohr, wie seinerzeit bei der Entflechtung von Nationalrats- und Landtagswahlen der damalige Landeshauptmann Krainer senior und der damalige Landtagspräsident Dr. Kaan, den vielleicht noch einige kennen, davon gesprochen haben, daß dies eine „Sternstunde der steirischen Eigenständigkeit und Identität“ hier sei. Also, wenn davon jetzt keine Rede mehr ist und der Kollege Schützenhöfer sagt, daß sozusagen es eine Frage der Vernunft sei, wenn man Nationalratswahlen und Landtagswahlen zusammenlegt, dann frage ich allen Ernstes, sind das in letzten Jahrzehnten alles Wahlen der Unvernunft gewesen, wenn man bewußt Nationalrats- und Landtagswahlen getrennt abgeführt hat? Man

führt sich mit solchen Argumenten selbst ad absurdum. Wir glauben, Wahlen der Vernunft sind dann, wenn man die Probleme des Landes – und in dem Falle auch die Probleme des Landes Steiermark – losgelöst von den Fragen der Nationalratswahl und des Nationalratswahlkampfes macht, und hier sozusagen Bundes- und Landesprobleme nicht miteinander vermenschelt. (Beifall bei der SPÖ.)

Und es hat heute hier Aussagen gegeben, die genau konträr zu Ihren Wahlkampfaussagen sind, die sich schon abzeichnen. Sie sagen, Sie müssen früher wählen, weil in diesem Lande so vieles blockiert wird, vor allem vom Landeshauptmannstellvertreter Schachner. (Abg. Dr. Lopatka: „Trotzdem!“) Und plötzlich wird gesagt, es ist in unserem Lande viel weitergegangen. Wo ist hier sozusagen die Quintessenz des Ganzen? Vielleicht kommt man doch darauf, daß viele Steirer die Grundrechnungsarten beherrschen und vor allem das Zusammenzählen. Denn wenn man zusammenzählt die Koalition der ÖVP und der FPÖ, dann steht es ja hier im Landtag 35 zu 21, und dann steht es in der Landesregierung 5 zu 4. Wo soll hier bitte die Blockade sein? Wenn man etwas entscheiden will, hat man auch bisher die Mehrheit gehabt, und es wird auch in Zukunft keine Partei die absolute Mehrheit weder in der Regierung noch im Landtag haben. Daher wird die Situation sich nicht ändern. Man muß sich zusammenfinden, und wenn es nicht gemeinsam geht, dann mit Mehrheitsentscheidung. Und ich sage noch etwas. Wenn hier von der schlechten Budgetsituation geredet wird, seit 1945 ist doch kein Budgetschilling ausgegeben worden ohne Zustimmung der ÖVP. Also in dem Maße, daß man heute sagt, an der schlechten Budgetsituation ist der Finanzreferent schuld, aber die Abstimmungen waren immer anders, auch das kann man doch den Steirerinnen und Steirern bitte nicht unterjubeln. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage, daß dieser Blockadevorwand einfach eine Notbehauptung für die Vorverlegung der Landtagswahlen ist und das Ziel damit verschleiert wird, nämlich eine blauschwarze Koalition auf Bundes- und Landesebene zu installieren. Und ebenso sind die Kosteneinsparungen, von denen man immer redet, daß sie entstehen, wenn wir Wahlen zusammenlegen, vielleicht für die Parteien selbst interessant, aber nicht für die Steuerzahler und Wählerinnen und Wähler unseres Landes, denn durch zusammgelegte Wahlen, wenn dadurch viele Dinge liegenbleiben, wird für den einzelnen Staatsbürger noch viel mehr an Kosten entstehen: Kostensteigerungen wegen Fehlens der Budgets auf Bundes- und Landesebene, denn kein Groschen Schulden wird dadurch abgebaut, Verschleppung dringend notwendiger Entscheidungen, ersatzloses Auslaufen des Finanzausgleiches zum Nachteil der Gemeinden. Wir haben heute in der Früh im Rundfunk wieder gehört, daß sich der Gemeindebund hier größte Sorgen macht. Verunsicherung im In- und Ausland, unkoordinierte Wahlordnungen – und da komme ich darauf zurück –, weil man nicht in der Lage war, rechtzeitig vorher die Landtagswahlordnung so zu ändern, daß das nahtlos in einer gemeinsamen Wahl stattfinden kann.

Und wenn gesagt wird, daß fälschlicherweise vom Blindflug die Rede ist, nach dem 17. Dezember werden

viele Menschen merken, daß es ein Blindflug war, und dieser Auseinandersetzung nachher, wer recht hat, sehen wir getrost entgegen. Das heißt also, wir haben jetzt Erscheinungen durch die vorverlegten Wahlen, die insgesamt finanziell nichts bringen, demokratiepolitisch bedenklich sind, und die Verursacher solcher Entwicklungen müssen sich ihrer Verantwortung heute und auch nach dem 17. Dezember bewußt sein. (Abg. Dr. Lopatka: „Seit wann sind Wahlen demokratiepolitisch bedenklich?“ – Beifall bei der SPÖ.) Eine Ausrede auf das Volk wird es dann nicht geben können. Politiker und politische Parteien müssen die Tragweite ihres politischen Tuns und ihrer gezielten Verunsicherungspolitik, wie sie jetzt stattfindet, eigentlich kennen, bevor sie ein Abdriften demokratischer Grundwerte betreiben. Die steirische SPÖ mit DDr. Peter Schachner an der Spitze ist sich dieser politischen Verantwortung bewußt. Wir wollen keine Flucht aus der Verantwortung durch vorzeitiges Auflösen des Landtages betreiben. Und wir werden nicht für diese vorzeitige Auflösung stimmen, weil wir einer vom Wähler nicht gewollten, aber programmierten blauschwarzen Koalition nicht Vorschub leisten wollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine Damen und Herren, wir haben keinen Grund, uns vor diesen vorverlegten Wahlen zu fürchten, denn wir sind überzeugt davon, daß die Wählerinnen und Wähler unseres Landes gegen politische Abenteuer und bedenkliche Experimente sind.

Wir sind überzeugt davon, daß die Menschen begreifen, jetzt geht es um grundsätzliche Entscheidungen in diesem Staate und in diesem Lande, in welche Richtung unser Land, unsere Demokratie künftig gehen wird, und daß es nicht mehr um Politshows und überholte Dankesbezeugungen wie heute geht, sondern um Politik mit Inhalten.

Wir sehen daher dieser losgetretenen vorzeitigen Wählerentscheidung mit Zuversicht entgegen. (Beifall bei der SPÖ. – 10.46 Uhr.)

**Präsident:** Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme nun zur Abstimmung und ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, dies durch ein Zeichen mit der Hand zu dokumentieren.

Danke, ich ersuche um die Gegenstimmen.

Ich ersuche nochmals alle jene Damen und Herren, die dem Antrag nicht ihre Zustimmung geben, dies durch ein deutliches Zeichen mit der Hand zu dokumentieren.

Ich bedanke mich und stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Damit ist die heutige Sitzung des Landtages geschlossen. Es wird eine Sitzung des Landtages am 21. November 1995 stattfinden. Die Einladung wird auch schriftlich erfolgen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 10.47 Uhr.)